



Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen!

Rede zum Haushalt 2012 im Rat der Stadt Herten

Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrvermerk 28.03. 17:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende

„Die Zitrone ist ausgepresst“, so der oft zitierte Originalton unseres Bürgermeisters.

Mit dem hier aktuell vorliegenden „Haushalt der Grausamkeiten“ drückt die Verwaltung an dieser so ausgepressten Zitrone **mit einer Insbrünstigkeit**, als hätte sie neuerdings ihre Vorliebe für Trockenobst entdeckt.

Das was wir Hier und Heute zu beschließen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat **weitreichende** Konsequenzen für unsere Stadt und für die Menschen die in ihr leben.

Ich zitiere Bürgermeister Uli Paetzel im Stadtspiegel vom **11. Oktober 2011**. „**Ich sehe für Herten kaum noch Einsparpotenziale**“.

Diese Aussage macht noch einmal ganz deutlich, wie in Herten Politik betrieben wird, denn, gestatten sie mir die Frage Herr Bürgermeister, was hat sich eigentlich seit dem 11. Oktober des letzten Jahres bis heute geändert? Ist die Zitrone **dicker** geworden, oder haben sie vielleicht nicht **kräftig** genug gedrückt? Wie auch immer, die 180 Grad Kehrtwendung die sie jetzt hier betreiben, unterstreicht noch einmal **ganz deutlich** welchen Zick-Zack Kurs sie hier fahren.

Fakt ist: Nach den hier aktuell vorliegenden Zahlen haben wir am Ende diesen Jahres, mit der Neuverschuldung von 44,9 Mio. € einen Gesamtschuldenstand von **365 Mio. €**. Das bedeutet, eine **Kreisweite Rekord- Pro- Kopf** Verschuldung von rund 5.800,-€ für jeden Bürger, vom Neugeborenen bis zum Greis. **250,-€**

In keiner Zeile des rund 800 Seiten umfassenden Haushaltes steht die Zahl der Gesamtverschuldung für Herten am Ende des vorgegeben Konsolidierungszeitraumes. Man muss sich, **als aufmerksamer Leser**, die einzelnen Zahlen selber

zusammensuchen. Das haben wir getan, und wissen sie was am Ende dabei rauskommt? Ich sag's ihnen. Am **Ende** dieses ganzen Kürzungswahnsinns, wenn alle diese hier vorliegenden **drastischen Einschnitte** umgesetzt werden, **wird unsere Stadt, von den heutigen Zahlen aus betrachtet, jetzt aufgepasst: einen Schuldenstand von sage und schreibe 463,7 Mio. Euro haben!**

Im Einzelnen sind das 128 Mio. € an Investitionskrediten plus 335,7 Mio. € für Liquiditätskredite. Wohlgermerkt **NACH** der Umsetzung dieser hier vorliegenden Kürzungssorgie! **Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Wahrheit** und macht den ganzen Wahnsinn erst so richtig deutlich. Das ist es, Herr Bürgermeister, **was sie, was die Verwaltung,** den Menschen in dieser Stadt **deutlich** sagen müssen. Dies haben sie bisher leider nicht getan. Stattdessen wird die Situation heruntergespielt und verharmlost.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrter Herr Pieper, das von Ihnen, in diesem Zusammenhang versprochene **Licht am Ende des Tunnels, ist nichts anderes der entgegenkommende Zug, das sage ich ihnen hier ganz deutlich!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Anwesende

Die Verwaltung **ist in ganz besonderer Weise** bemüht, der Öffentlichkeit **und auch** der Politik in Herten zu vermitteln, dass Einschnitte bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, Leistungskürzungen, Steuer- Gebühren und Abgabenerhöhungen, Personalabbau **und** die Veräußerung von öffentlichen Eigentum, **alternativlos** sind.

Das diese Strategie aufgeht, kann man an den hier vorliegenden **Kürzungsvorschlägen der Politik** leider deutlich sehen.

Dabei dürfte in dieser Runde mittlerweile **auch dem letzten klar sein**, und der Bürgermeister hat nicht nur letzte Woche in der HuFA-Sitzung sondern auch an anderer Stelle gesagt, **das wir kein Ausgabe- sonder ein Strukturelles Problem haben**. Das ist für die Debatte **sehr wichtig**, dass man das weiß **und auch versteht!**

Anrede

Ich gebe ihnen mal ein Rechenbeispiel.

SPD, CDU, UBP und UWG übertreffen sich aktuell mit Vorschlägen, in denen es unter anderem darum geht, durch Abgabenerhöhung, Leistungsreduzierung und durch einen **nie dagewesenen** Personalabbau, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten zu wollen. **Sie wollen, trotz des bekannten Strukturproblems, den Haushalt sanieren!**

Ich sage ihnen was. Vergessen sie das alles. Wir machen folgendes. Wir schmeißen **alle raus**. Ja, auch den Bürgermeister, der fliegt auch raus. **Alle raus**, das spart uns im Jahr 31,8 Mio. € an Personalkosten. Jetzt nehmen wir noch all die freiwilligen Leistungen in Höhe von rund 4,5 Mio. €, **und streichen auch diese. Alles wird gestrichen**. Macht in Summe 36,3 Mio. €. Jetzt haben wir alle rausgeworfen und alles eingestellt, was wir als Kommune nicht machen müssen, und haben am Ende **immer noch keinen ausgeglichenen Haushalt! Selbst nach diesem Kahlschlag**, müssten wir **immer noch 8,6 Mio. €** neue Schulden machen!

Merken sie was?

Wenn sie das einmal begriffen haben, dann sind sie einen großen Schritt weiter und fangen vielleicht **endlich** an, nach wirklichen Lösungen zu suchen, anstatt Symbolpolitik zu betreiben. Die Entscheidung, den Bezirksausschuss **für 2.000 € abzuschaffen ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten**, um aus Zeitgründen hier nur ein Beispiel zu nennen. Im Haushalt beeinflusst dieser symbolträchtige Abbau Demokratischer Strukturen **die dritte Stelle hinterm Komma!** Von großen und kleinen Wasserflaschen fang ich hier gar nicht erst an...

Das, verehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist exakt **genau der Grund** warum wir uns auch nicht an ihren „Kürzungsrunden“, beteiligt haben, **und auch in Zukunft nicht beteiligen werden!** Zum einen weil sie im stillen Kämmerlein „Nichtöffentlich“ tagen, **soviel zum Thema Transparenz der Verwaltung**, zum anderen, weil sie **nicht ansatzweise** die Zielsetzung haben, dass von mir beschriebene „Strukturelle Problem“ der kommunalen Unterfinanzierung politisch anzugehen. **Solange die Hertener Bürgerinnen und Bürger darunter leiden und bezahlen müssen, weil Bund und Land ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen, so**

lange wird sich DIE LINKE auch nicht an irgendwelchen geheimen Kürzungsrunden beteiligen! Darauf können sie sich verlassen!

Was hat diese Entwicklung für Auswirkungen?

Ich möchte an den Leserbrief des Kollegen Letzel vor einigen Tagen erinnern, der gefordert hat, dass **überall** gespart werden darf **nur nicht im Bereich Schule und Jugend!** Herr Kollege, soviel sei gesagt: Wer **erst** Jugendtreffs schließt **und Schulen plattmacht**, und dann **anschließend** fordert in diesem Sektor nicht den Rotstift anzusetzen, der muss sich durchaus die Frage gefallen lassen, ob er noch seriöse Politik betreibt.

BM Populismus

Wie sie sicherlich wissen, sind wir rechtlich verpflichtet das Thema Inklusion umzusetzen. **Doch anstatt sich verantwortungsvoll** auf dieses Thema vorzubereiten, **schließen sie eine Schule nach der anderen** und begründen das lediglich mit Demographie. Diese Fehlentscheidungen, auch ihrer Fraktion, holt uns in Kürze wieder ein, soviel ist sicher. Ich **Hoffe** hier ist niemand im Raum der **ernsthaft** glaubt, wir könnten selber aus

eigener Kraft, irgendwann einmal bei Bedarf, noch mal eine neue Schule bauen.

Deswegen appelliere ich hier noch einmal an SPD und CDU: Sehen sie auch Bitte die Auswirkungen auf die kommunale Familie, die die freiwillige Teilnahme am Stärkungspakt mit sich bringt. Die angekündigten Hilfen im „**Strangulierungspakt**“ sind vergiftete Hilfen. Diese Auffassung teilt übrigens auch die große Mehrheit der betroffenen Kommunen. Die minimalen Hilfen die uns zur Verfügung gestellt werden, **sind an so starke Kürzungsauflagen und Bedingungen geknüpft**, dass sie das Selbstverwaltungsrecht zerstören. **Und genau das**, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht zulassen! Und deswegen stellen wir uns als LINKE auch klar dagegen.

Anrede

Bei einer freiwilligen Teilnahme an der zweiten Stufe des kommunalen „Schwächungspaktes“ bedeutet das für Herten, **und das muss man wissen**, ganz konkret:

1. Das einschneiden weiterer freiwilliger Leistungen oder Einrichtungen

2. Die Veräußerung von öffentlichen Grundstücken und Vermögen, wie es auch im jüngsten SPD Antrag gefordert wird, **Tafelsilber, Holzbesteck, Hand**
3. Eine drastische Erhöhung der Steuern und Abgaben, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger
4. Dramatische Kürzungen bei den Personalausgaben, einhergehend mit Leistungsverdichtung und Demotivation bei den Beschäftigten im öffentl. Dienst. **und**
5. Abbau von Standards und schlechterer Service für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, wie schon bereits bei der Umsetzung der Optionskommune deutlich wurde.

Kurzum: Die Umsetzung ihres Kürzungskataloges, um an der 2. Stufe des Stärkungspaktes teilnehmen zu wollen, zerstört komplett die kommunale Infrastruktur!

Wir reden hier alleine im Bereich Personal, wie gesagt, von einem Stellenabbau von **mindestens 18 Prozent, wahrscheinlich aber sogar noch darüber hinaus!**

Ich sage für meine Fraktion ganz deutlich: **Dieser Personelle Kahlschlag ist mit uns nicht zu machen.** Wenn ich mich hier so umsehe, dann sehe ich unter ihnen/ unter euch, auch ein paar Gewerkschaftsfunktionäre. Wenn Ihr bisher auch alle

Entscheidungen eurer Fraktionen in Sachen Personalabbau mitgetragen habt, **jetzt ist der Punkt gekommen um deutlich NEIN zu sagen!** So darf es nicht weitergehen.

Dieser Stellenabbau muss aufhören! Das sind wir den Bürgern und den Mitarbeitern schuldig. In Zeiten von Leiharbeit, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Altersarmut und Rentenkürzungen sind öffentliche Einrichtungen **ganz besonders** gefordert. Und glauben sie mir, **der Bedarf wird weiter steigen!** Wie die Verwaltung heute schon **mit den schwächsten in unserer Gesellschaft** umgeht, haben wir nicht nur in der Überlegung über die Ausgliederung des Ausländeramtes gesehen. Ich möchte sie auch noch mal, an die **menschenunwürdigen Verhältnisse** bei den Notunterkünften erinnern. **Das passiert,** wenn städtische Strukturen und Leistungen abgebaut werden.

Anrede

Begründet wird der ganze Kürzungswahnsinn, der Bürgermeister hat's in der letzten Woche gesagt, mit dem weiteren Zugang zu Fördermitteln und das Vermeiden des „Sparkommissars“ nach GO.

Die Entscheidung der Verwaltung jetzt den kommunalen Abriss einzuläuten Herr Bürgermeister, ist wie, als würde man Selbstmord begehen aus Angst vor dem Tod!

Was wir brauchen liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Lösungen. Meine Haushaltsrede steht unter der Überschrift:

Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen!

DIE LINKE hat dazu als eine der wenigen Parteien seit langem Vorschläge vorgelegt:

Wir brauchen **Erstens:**

Die volle Finanzierung der sozialgesetzlichen Pflichtaufgaben, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft.

2. Der Anteil der Gemeinden am GFG, soll von 23% auf 25% erhöht werden. Das wäre ein erster Schritt zu einem Anteil von 28,5%, den es früher einmal gab. **Alle kommunalen Spitzenverbände unterstützen diese Forderung.** Das alleine ergibt eine Summe von 778,- Mio. Euro **mehr** an verteilter Finanzmasse und würde direkt in die Kommunen, auch nach Herten, fließen und somit dazu beitragen, dass solche drastische

Kürzungsprogramme wie sie hier vorliegen „entschärft“ werden.

Und

3. Mit einer angemessenen Millionärssteuer von 5% für Vermögen von über einer Million könnten jährlich rund 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen generiert werden. Das würde alle Probleme der Kommunen schlagartig lösen. Alleine diese Steuer würde, **konkret für Herten**, über 30 Mio. € Mehreinnahme bedeuten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur noch mal zur Erinnerung: Die verfehlte Steuersenkungspolitik von SPD, CDU, FDP und Grünen, zu Gunsten von Vermögenden und Kapitalgesellschaften, haben seit 1998 zu Einnahmeverlusten von **über 50 Mrd.** Euro geführt! Alleine NRW fehlen deswegen jährlich 5 Mrd!

Stattdessen **müssen** wir uns weiter verschulden, auch in Herten, das ist Wahnsinn!

Dieser Schuldenteil fordern wir als LINKE, **muss von einem Landes-Entschuldungsfond übernommen werden**. Nur dadurch kommt es zu einem wirklichen Abbau der Schuldenlast! Alles andere ist Makulatur und doktert nur an den Symptomen rum, anstatt **die wirklichen Ursachen** zu bekämpfen.

Und wie wir aktuell in der letzten Woche in der HuFA-Sitzung gehört haben, haben das jetzt sogar der Bürgermeister und Kollege Löcker unisono gefordert. **Irgendwie wusste ich doch, dass bei ihnen Hopfen und Malz noch nicht verloren ist und ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass sie sich endlich mit unserem Parteiprogramm beschäftigt haben!**

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir die Anträge von SPD, CDU, UBP und UWG anschau, dann sind sie genau auf Kurs der Verwaltung! **Sie wollen Abgaben- und Steuererhöhungen, sie wollen Personalabbau und sie wollen Städtisches Eigentum veräußern.** Und da sage ich ihnen ganz deutlich, **dass ist mit uns nicht zu machen, denn das kann nicht im Interesse der Bürger sein. Selbst vor den Reinigungskräften in der Verwaltung,** wobei es sich hier ausschließlich um Frauen in den unteren Lohngruppen handelt, **wollen sie nicht halt machen. Sie sollten sie schämen, meine Damen und Herren von CDU und UWG solche Anträge hier einzureichen! Ihre Neoliberale Politik stößt bei uns auf erbittertsten Widerstand, das kann ich ihnen versprechen!**

Anrede

Mit Blick auf die Wahlen im Mai sage ich:

Die neue Landesregierung sollte, **Herr Kollege Löcker aufgepasst**, eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer einbringen, an welcher auch die Kommunen partizipieren. Das hat die alte „Lachsgrüne“ Regierung **nicht** gemacht. Im Übrigen brauchen wir, **gerade aus unserer Region**, dringend Landtagsabgeordnete die **endlich mal wieder** die Interessen der Städte vertreten, aus denen sie gewählt worden sind, anstatt sich mit üppigen Diätenerhöhungen vollzupumpen! Wir brauchen eine **breite Bewegung** der betroffenen Städte und Gemeinden, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik um hier **nachhaltig** Abhilfe zu schaffen. Was wir brauchen ist so etwas wie eine kommunale Occopy (Okjupai)-Bewegung, sowie ein Konjunkturpaket III.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Appell: Bei all dem Streit um diesen Haushalt und um die Teilnahme am Stärkungspakt, **muss es unsere gemeinsame Absicht sein**, Partei- und Fraktionsübergreifend dafür zu sorgen, dass Bund und Land mittelfristig ihre Verantwortung für unsere Kommunen

und damit auch für Herten wahrnimmt.

Genau dazu, wäre ein starkes Signal aus Herten die richtige Botschaft.

DIE LINKE ist dazu jederzeit bereit!

Die Ablehnung des hier heute vorliegenden Kürzungshaushaltes und die Nichtteilnahme an der 2. Stufe des Stärkungspaktgesetzes wäre ein solch starkes Politisches Signal in Richtung der zuständigen Ebenen.

Fahren sie aber weiter ihren Kurs wie bisher, **garantiere ich ihnen**, dauert es nicht mehr lange bis zur nächsten

Gebietskörperreform und unsere Stadt wird ganz oder in Teilen mit Marl, Gelsenkirchen oder Recklinghausen zusammengelegt werden. **Ich sage ihnen ganz deutlich, wir wollen das nicht!**

Und genau deswegen brauchen wir jetzt **dringend große Lösungen**, so wie ich sie beschrieben habe.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Anwesende, lassen sie mich zum Schluss sagen, **Not leiden nicht die Kommunen, sondern die Bürgerinnen und Bürger.**

Altbundespräsident Theodor Heuss (1949-1959) sagte einmal:
„Das Wichtigste im Staat sind die Gemeinden – und das Wichtigste in den Gemeinden sind die Bürger!“

Ich kann sie, liebe Mitglieder des Rates nur aufrufen sich an unserem gerade präsentierten Motto zu orientieren.

„Retten sie unsere Stadt, und stoppen Sie den Kürzungswahn!“

Tun sie es nicht für uns, tun die es für die Menschen in dieser Stadt!

Ein herzliches Glückauf